

EIN ENGAGEMENT FÜR DIE MENSCHENRECHTE IN HONDURAS

Ein Bericht über eine Reise nach Honduras zwischen dem 4. und 11. Mai 2015

ÜBERSETZUNG IN DEUTSCH

* Eine Delegation von acht Mitgliedern des Forums Honduras Schweiz war für eine Woche (04-11 Mai) in Honduras, von nationalen Organisationen eingeladen, um die Lage der Menschenrechte zu überwachen.

Während des Besuchs führte die Delegation Interviews durch mit Vertretern der Zivilgesellschaft sowie nationalen und internationalen Organisationen, darunter: COFADEH, ACI Participa, Iglesia Cristiana AGAPE, OEIDH, CEPHRODEC, ADEPZA, Comité Ambientalista del Valle de Siria, MILPAH, dem Nationalen Menschenrechtsombudsmann CONADEH, der Botschaft der Schweiz, dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) und der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit).

Diese Interviews wurden in Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, sowie im Siria Tal, in Zacate Grande und in Nacaome durchgeführt. Die Delegation wurde über die Situation informiert und hörte Zeugnisse der Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Daneben vernahm die Delegation mit Genugtuung, dass in Tegucigalpa ein Büro des Menschenrechtshochkommissariats eröffnet wird. Die Eröffnung wurde von der honduranischen Regierung beim OACNUDH in Genf beantragt. Die wichtigsten finanziellen Beiträgen für das zukünftige Büro wurden von der Schweizer und US-Amerikanischen Regierung bereitgestellt. Es besteht kein Zweifel, dass die Präsenz des Hochkommissariats in Honduras ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Honduras bedeuten könnte. Dafür braucht es jedoch den Willen und Tatkraft von allen honduranischen Regierungsebenen, in Kooperation mit der lokalen Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen.

Für den Moment bleiben jedoch viele Bedenken zur Menschenrechtssituation in Honduras. Die wichtigsten, die sich aus den Interviews und Zeugenaussagen ergeben haben, können wie folgt zusammengefasst werden:

KONZENTRATION VON MACHT UND INSTITUTIONELLE SCHWÄCHE

Es besteht eine grosse Besorgnis über die hohe Machtkonzentration des Präsidenten der Republik zu Lasten der Unabhängigkeit der Legislative und Judikative; auf diese Weise wird das Gleichgewicht einer gesunden Demokratie zerstört. Die Wahl der Richter und

Richterinnen für den Obersten Gerichtshof im Januar 2016 wird ein Prüfstein werden für eine unabhängige Gerichtsbarkeit.

Diese Machtanhäufung führt zur i) Verabschiedung von Gesetzen und Ausführungsbestimmungen, die Menschenrechte verletzen (Schliessen des Ministeriums für Menschenrechte und das für Indigene Völker, Gesetz über die Abhörung privater Kommunikation, Gesetz über Staatsgeheimnisse, etc.) ii) Einschüchterung und mangelnde Unabhängigkeit der Richterinnen und Staatsanwälte (Urteil, das die Wiederwahl ermöglicht) und iii) Politisierung der Strafverfolgung. Daneben kommt es immer wieder zur Missachtung der durch einige Gesetze etablierten Möglichkeiten der Mitwirkung der Zivilgesellschaft, die ermöglichen soll, bei Fragen von nationalem Interesse mit zu reden und mit zu entscheiden.

Angesichts dieser Situation, wie schon anlässlich des vorherigen Besuchs im Jahr 2013, taucht wieder die Frage auf: Wie steht es in Honduras mit der Rechtsstaatlichkeit?

MILITARISIERUNG

Während der Interviews wurde Besorgnis über den beschleunigten Prozess der Militarisierung in Honduras ausgedrückt. Diese zeigt sich unter anderem in der Ernennung ehemaliger hochrangiger Offiziere in strategische öffentliche Ämter, wie z.B. die Ernennung eines Armeegenerals ins Ministerium für Sicherheit, in der Schaffung der Militärpolizei für öffentliche Ordnung mit den gleichen Befugnissen wie die der Nationalen Polizei, und in der ständigen militärischen Präsenz im Bajo Aguán- einer Region, in der es heftige Konflikte um Landbesitz gibt.

Speziell wurde auf das Programm "Hüter der Heimat" hingewiesen. Es wird von den Streitkräften in militärischen Einrichtungen durchgeführt, wobei Tausende von Kindern und Jugendlichen teilnehmen. Dieses wirft Zweifel auf, ob es wirklich nur eine Reaktion auf die momentane Lage im Land ist, wie die Regierung in verschiedenen nationalen und internationalen Foren zum Ausdruck gebracht hat, oder vielmehr ein Mittel zu einer langfristigen Militarisierung der Gesellschaft.

STRAFLOSIGKEIT UND KRIMINALISIERUNG

Die honduranischen MenschenrechtsverteidigerInnen müssen sich zurecht finden in einem Kontext von Machtkonzentration, Militarisierung und Politisierung und der daraus folgenden Schwächung der staatlichen Institutionen. Dabei werden sie oft Opfer von öffentlicher Diskreditierung wegen ihrer Arbeit, und werden genau von den Verantwortlichen angegriffen, deren Rechtsverletzungen sie anzeigen.

Die Regierung verpflichtete sich im Jahr 2010 vor der internationalen Gemeinschaft im Rahmen des ersten Universal Periodic Review (UPR) in Genf, ein neues Gesetz zum Schutze von MenschenrechtsverteidigerInnen zu verabschieden. Dieses Gesetz soll die notwendigen Voraussetzungen herstellen, damit MenschenrechtsverteidigerInnen ihre Arbeit ausüben können und ihre Sicherheit gewährleistet wird.

Das Gesetz wurde vom Kongress im April 2015 – kurz vor dem zweiten UPR – verabschiedet. Unsere Gesprächspartner äusserten den Verdacht, dass dies vor allem dazu diene, das Land vor dem Menschenrechtsrat der UNO in ein günstiges Licht zu rücken. Denn weder wurden die Vorschläge von Organisationen der Zivilbevölkerung beachtet, noch wurde das Gesetz von der Regierung bestätigt oder im Amtsblatt, „La Gaceta“ veröffentlicht.

Der Mangel an politischem Willen, die Arbeit der sozialen Organisationen und der MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen, wird evident mit der Verfolgung und Kriminalisierung der Opfer.

Es folgen einige bezeichnende Fälle:

STRAFLOSIGKEIT IM MORDFALL AN JUAN FRANCISCO MARTÍNEZ:

Juan Francisco Martínez war ein Anführer der „Unabhängigen Indigenen Lenca-Bewegung“ von La Paz (MILPAH) im Dorf Tapuyman in der Gemeinde Santa Elena (La Paz). Er wurde am 5. Januar 2015 ermordet, wahrscheinlich weil er sich gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes beim Fluss Chinacla wehrte. Das Projekt wurde von einer Firma initiiert, deren BesitzerInnen der regierenden Partei nahe stehen. Der Fluss Chinacla ist die Hauptwasserquelle für die dortigen indigenen Territorien.

Obwohl schon vier Monate vergangen sind, bleibt der Mord unaufgeklärt. Das forensische Institut der Generalstaatsanwaltschaft hat noch nicht einmal die Resultate der Autopsie an die Familienangehörigen weitergeleitet.

IRMA LEMUS: Der stellvertretenden Koordinatorin der Permanenten Menschenrechtsbeobachtungsstelle in Bajo Aguán (OPDHBA) wird vom „Fondo Ganadero“ folgendes vorgeworfen: Illegale Aneignung von Land, Diebstahl von Vieh, Beschädigung und Erpressung. Der Richter Fredy Cenén Caballero Nuñez stellte das Verfahren bei der ersten Anhörung am 10. Dezember 2014 aufgrund mangelnder Beweise, welche die Vorwürfe stützen würden, ein.

MARTHA ARNOLD: Die Präsidentin der Permanenten Menschenrechtsbeobachtungsstelle in Bajo Aguán (OPDHBA) sah sich mit mehreren Zwischenfälle konfrontiert, welche ihr Leben und das ihrer Familie gefährden könnten, und dies höchstwahrscheinlich wegen ihrer Arbeit für den Schutz der KleinbäuerInnen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) sprach ihr am 7. April 2015 spezielle Schutzmassnahmen zu, um das Leben und die Unversehrtheit von ihr und ihren fünf minderjährigen Kinder zu schützen.

GLADYS PETRONA LANZA: Die Vorsitzende der Organisation „Frauen für den Frieden - Visitacion Padilla“, wurde von einem Gericht wegen Verleumdung zu 18 Monaten Haft verurteilt. Dies aufgrund angeblicher Diffamierung und falschen Anschuldigungen gegen Juan Carlos Reyes, den ehemaligen Direktor der Stiftung für die Entwicklung von städtischen und ländlichen Sozialwohnungen (Fundevih), weil sie sich für ein Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz eingesetzt hatte.

JOSE ISABEL MORALES: Das Mitglied der BäuerInnenorganisation MUCA ist angeklagt wegen Mord und wurde zu 17.5 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Oberste Gerichtshof ordnete wegen gravierender verfahrensrechtlicher Fehler die Wiederholung des Prozesses an. José Isabel Morales sitzt bereits fünf Jahre im Gefängnis und hofft, dass der Oberste Gerichtshof ein Rechtsmittel erlässt, welches das Verfahren ein drittes Mal eröffnen würde.

ANFÜHRERINNEIN DES UMWELT-AUSSCHUSSES DER GEMEINDE EL TRÁNSITO, VALLE: Sie wurden wegen Landaneignung angezeigt, weil sie sich gegen ein illegales Bergbauprojekt wehrten, welches wenige Hundert Meter von ihrer Gemeinde das Wasser verschmutzt und ihre Behausungen durch den Gebrauch von Dynamit beschädigt.

Nach einem langen Kampf gegen die Präsenz der Bergbaufirma und der Präsentation von unwiderlegbare Beweisen bei der Staatsanwaltschaft beantragte die Betreiberfamilie eine Streitbeilegung. Dabei wurde schriftlich festgehalten, dass es zu keinen gegenwärtigen und zukünftigen Bergbauaktivitäten kommen wird, weder auf dem Grundstück der Betreiberfamilie noch auf den Gebieten in der Nähe der Gemeinde. Zudem wurde die Anklage gegen die UmweltschützerInnen zurückgezogen.

EIN TOURISMUSPROJEKT BEI DEN HEISSEN QUELLEN IM VALLE DE SIRIA: Dieser Fall zeigt klar den fehlenden Willen der honduranischen Regierung auf allen Stufen, die Gemeinden und die Zivilgesellschaft betreffend lokalen Projekten zu konsultieren. Schon zum zweiten Mal wurde die Menschen im Valle de Sirio Opfer von autoritären Entscheidungen. Zuerst wurde der Tagbau bei der Mine San Martín ohne jegliche Konsultation erlaubt. Daraus resultierte eine Anhäufung von physischen Krankheiten innerhalb der lokalen Bevölkerung, und die Flüsse und Bäche wurden kontaminiert.

Nun wehren sich die BewohnerInnen der neuen Gemeinde Palos Ralos, umgesiedelt von der Bergbaufirma Minerales Entre Mares S.A., gegen ein Tourismusprojekt, welches mit finanzieller Unterstützung der EU durchgeführt werden soll. Die BewohnerInnen glauben, dass ihnen durch das Projekt der Zugang zu den heißen Quellen verunmöglicht wird, das historische Eigentum der lokalen Gemeinden im Tal. Diese dienen der Bewässerung der Ackerflächen und dem Vieh vieler Familien.

Es handelt sich erneut um einen Kampf um Wasser, da sich durch die Installation des Tourismusprojektes die Verfügbarkeit von Wasser für die Gemeinden drastisch verringern würde, wie dies bereits zuvor bei der Mine der Fall war.

AUFRUF AN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Die Delegation teilt die Einschätzungen des Zwischenberichtes der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) vom Dezember 2014.

Die Delegation hat unter anderem den Nationalen Menschenrechtsombudsmann Roberto Herrera Cáceres interviewt. Dieser anerkennt, dass es im Land zu

Menschenrechtsverletzungen kommt, die etwas mit der Regierung zu tun haben. Gleichzeitig versichert er, dass „die Regierung wichtige Aktionen unternimmt, um diese zu überwinden.“

Im Gegensatz dazu zeigten die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Plattform UPR, eines Zusammenschlusses von mehr als 50 Organisationen, die eine Stellungnahme zum UPR ausarbeitete, die Fragilität des honduranischen Staates auf, der nicht in der Lage ist, Leben zu schützen und die Menschenrechte der gesamten Bevölkerung zu garantieren – besonders der am meisten verletzlichen Bevölkerungsgruppen wie Kinder, die LGTBI-Gemeinschaft, Frauen, Indigene und MenschenrechtsverteidigerInnen.

Die Delegation ist sehr besorgt über die Aussage der Regierung bei der UPR-Session am 8. Mai in Genf, als diese behauptete, dass die Mehrheit der Empfehlungen der vorhergehenden UPR-Session erfüllt wurden. Dies widerspricht der Verschlechterung der Menschenrechtsslage, die wir während unserem Aufenthalt beobachtet haben. Der Bericht der honduranischen Regierung listet Leistungen auf, die schwer zu überprüfen sind.

Schlimmer noch, Menschenrechtsorganisationen wurden in den Tagen vor der UPR-Session in Genf von höchster Regierungsebene beschuldigt, eine Diffamierungskampagne gegen ihr eigenes Land zu führen, nur weil sie auf internationaler Ebene die Menschenrechtsverletzungen, die hier passieren, anklagen.

Deshalb fordern wir eine Begleitung der internationalen Gemeinschaft, vor allem von der Europäischen Union, damit der honduranische Staat die Empfehlungen der zweiten UPR-Session erfüllen wird.

Deshalb fordern wir die internationale Gemeinschaft auf, die Menschenrechtsslage in Honduras weiterhin genau zu beobachten und die Umsetzung der Empfehlungen des UPR 2015 durch den honduranischen Staat eng zu begleiten.

Honduras Forum Schweiz

Bernardo Erni, Miembro responsable del “Foro Honduras Suiza”, Christina Erni, Gregor F., Nuria Horni, Hans Christoph Jost, Margrit Jost, Max Rechsteiner, Thomas Studer

Contacto: bernardo.suiza@gmail.com ; <http://www.honduras-forum.ch/>